

## Feindbild Arme

ten konkreten Zusagen über einen weiteren Schuldenerlaß für öffentliche Schulden blieben aus. Insgesamt wurde die Thematik der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen einer ökosozialen Entwicklung aus den Verhandlungen ausgeklammert beziehungsweise an die aus Sicht des Nordens zuständigen internationalen Einrichtungen wie Pariser Club, IMF, GATT oder Weltbank verwiesen.

Erfolgreich durchsetzen konnten die Industrieländer die bestehende Globale Umweltfazilität (Global Environmental Facility, GEF) als das Finanzierungsinstrument für die beiden Konventionen und die sogenannten globalen Anliegen (Ozonloch, Treibhauseffekt, internationale Gewässer, Wälder, biologische Vielfalt). Der ›Gruppe der 77‹ und China ist es in den letzten Tagen der Rio-Konferenz gelungen, die Entscheidungsfindung in der von der Weltbank kontrollierten GEF zu demokratisieren (durch paritätische Repräsentanz der Geber- und Nehmerländer), auch wenn den ›Gebern‹ eine Tür zur Majorisierung der Entscheidungen im bisherigen Vertragstext offen bleibt. Ein Erfolg des Verhandlungsgeschicks des Südens in den letzten Tagen in Rio ist, daß die Vergabe von Mitteln der GEF nicht mit neuen Konditionalitäten verknüpft werden darf (Agenda 21, Kapitel 33, Ziff.16).

Wie hoch die Finanzmittel der GEF sein werden, wird sich frühestens beim nächsten Treffen der Teilnehmerstaaten der GEF im Dezember 1992 herausstellen. Deutschland will seine bisherigen Einzahlungen in die GEF verdreifachen, was für die nächsten drei Jahre einem Betrag von 780 Mill DM gleichkäme. Ebenfalls bis Ende 1992 will die Weltbank ihre Vorbereitungen und Verhandlungen zur 10. Wiederauffüllung der IDA abgeschlossen haben. Eine substantielle Erhöhung der IDA über die übliche Wiederauffüllungsquote hinaus war in Rio ebenfalls eine wesentliche Forderung der Dritten Welt zur Finanzierung der Agenda 21. Die Weltbank strebt eine Erhöhung der IDA um 20 Mrd Dollar an. Auch hier hat die Bundesregierung ihre Bereitschaft signalisiert, den Wünschen der Weltbank nachzukommen.

Im Zusammenhang mit Fragen der Finanzierung ist letztlich auch das Vorhaben einer Konvention gegen die Ausbreitung der Wüsten zu sehen. Kapitel 12 der Agenda 21 hat die Versteppung und die Ausbreitung der Wüsten zum Gegenstand. Daneben wird die UN-Generalversammlung aufgefordert, auf ihrer 47. Tagung einen Zwischenstaatlichen Verhandlungsausschuß einzusetzen, der eine Konvention zur Bekämpfung der Ausbreitung der Wüsten (Convention to combat desertification) erarbeiten soll. Das neue Übereinkommen soll sich den Ländern widmen, die in der Vergangenheit besondere Erfahrungen mit Dürren und der Ausbreitung der Wüsten, insbesondere in Afrika, machten, und bis Juni 1994 vorliegen. Über die Sinnhaftigkeit einer solchen Konvention wurde lange gestritten. Sie gilt als Zugeständnis vor allem an die afrikanischen Staaten, die sich über ein solches völkerrechtliches Instrument neue Finanzquellen erschließen wollen.

### Grundsatzerklärung zum Waldschutz

In nächtlichen Sitzungen ist es Bundesumweltminister Klaus Töpfer in Rio de Janeiro gelungen, die Verhandlungen um eine Grundsatzklärung über die Bewirtschaftung, Bewahrung und nachhaltige Entwicklung aller Arten von Wäldern erfolgreich abzuschließen. Neben der Bereitstellung ausreichender Finanzmittel für die Maßnahmen des Aktionsprogramms in der Dritten Welt war der Waldschutz das am heftigsten umstrittene Thema der UNCED.

Die Forstressourcen der Länder der Dritten Welt waren und bleiben bedauerlicherweise so etwas wie eine Geisel im Verhandlungspoker zwischen Nord und Süd. Die Prinzipien des »ersten globalen Konsenses zum Wald« erkennen die vielfältigen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, klimatischen und biologischen Funktionen des Waldes ausdrücklich an. Einige Länder der Dritten Welt, insbesondere Malaysia und Indien,

7. Juni 1992, 15:17 Uhr: 5 466 540 323 Erdbewohner. 15:18 Uhr: 180 Menschen mehr und acht Hektar Land mehr versteppt und ausgedörrt. Im ›Rio-Centro‹, dem Konferenzort der UNCED, zeigte eine Uhr den Zuwachs der Gattung Mensch und den Verlust an bebaubarem Land an. Knapper kann man es nicht ausdrücken: das Bevölkerungswachstum als Ursache der Umweltzerstörung. Ganz ohne Umschweife – Ursachenverkürzung in Digitalzeit.

Die Denkschablone eines linearen kausalen Zusammenhangs von Bevölkerungszahl und Ressourcenverknappung erlebt eine Hochkonjunktur. Schon bevor die UN-Konferenz in Rio ihre Tore öffnete, waren der Unkenrufe viele: von Altbundeskanzler Schmidt bis zum britischen Kronprinzen Charles wurde der Mammutveranstaltung Sinnlosigkeit bescheinigt, weil sie das Bevölkerungswachstum nicht mit den notwendigen drakonischen Maßnahmen zu bekämpfen gedenke.

Als Vertreter des Nordens bei den UNCED-Vorbereitungen die platte Rechnung aufmachten: viel Fruchtbarkeit im Süden gleich viel Umweltzerstörung global, da bekamen sie den Schwarzen Peter für den drohenden Ökokollaps postwendend aus dem Süden zurück: viel Konsum im Norden gleich viel Umweltzerstörung global. Schließlich liegen inzwischen überall die Zahlen auf dem Tisch, daß das Fünftel der Erdbevölkerung im Norden das Vierfache von dem verbraucht und verreckt, was ihm zusteht. Deshalb steht als papierner Nord-Süd-Kompromiß jetzt in der ›Agenda 21‹ die Forderung nach Bevölkerungsprogrammen einträchtig neben der nach Änderung verschwenderischer »Konsummuster«.

Es ging bei der Kontroverse über Bevölkerung und Umwelt nicht um den Sinn von Familienplanung, es ging um den Balken im Auge des Nordens. Denn auf der UNCED sollten die Rechte auf Ressourcennutzung und Umweltverschmutzung neu verteilt werden. Für die Umweltzerstörung in den Ländern des Südens selbst gibt es viele Gründe. Nehmen wir das digitalisierte Beispiel der Landversteppung und Erosion. Die Steuergier der Kolonialherren nötigte Nomaden in Afrika zur Haltung übergroßer Herden, koloniale Landnahme verkleinerte Weidegründe und programmierte Überweidung vor. Tiefbohrungen für die Grüne Revolution haben in Indien zu einer Senkung des Grundwasserspiegels und zur Verödung von Land geführt. Kommerzielle Abholzung tropischer Regenwälder bewirkt Klimaveränderungen und häufigeres Auftreten von Dürreperioden. Der Mangel an Alternativen bei Selbstversorgung und Einkommenserwerb zwingt die Ärmsten weltweit zum Raubbau an Ressourcen und zur Übernutzung karger Böden.

Nur die Bevölkerungszahl für den Verlust von Anbaufläche verantwortlich zu machen, reduziert ein komplexes Ursachenbündel auf einen einzigen Faktor. Die digitale Panikmache steht auch im Widerspruch zu dem Forschungsauftrag, den die ›Agenda 21‹ formuliert: »Wir brauchen ein besseres Verständnis des Zusammenhangs zwischen demographischer Dynamik, Technologie, kulturell bestimmtem Verhalten, natürlichen Ressourcen und Versorgungssystemen.«

Einfacher ist es allerdings, Bevölkerungspolitik zum Instrument des Umweltschutzes zu deklarieren: Intervention von außen wird mit ›globaler Verantwortung‹ politisch legitimiert und liegt im Trend: Blauhelme, Grünhelme, Weißhelme, warum nicht Kondomhelme oder Spiraleinsetzerteams? Die Problemlösung mit Hilfe von Verhütungsmitteln scheint modern, technokratisch, sauber. Das zynische Bild von armen Menschen im Süden und Osten als Umweltschädlingen ist politisch nicht nur griffig, sondern derzeit überaus opportun: es umreißt ein neues Feindbild und nimmt bestehende Ängste auf.

Denn Schlagwörter von ›Menschenlawinen‹, ›Kinderflut‹ und ›unkontrollierten Wanderungsbewegungen‹ spiegeln die Furcht vor einer Flüchtlingswelle aus den armen Ländern des Südens und Ostens, die unsere Wohlstandsfestung bedrohen könnten. Bevölkerungskontrolle verspricht, den Anfängen zu wehren. Sie ändert allerdings nichts an den Verhältnissen, die Umweltzerstörung bewirken und Menschen veranlassen, aus ihrer Heimat zu fliehen.

Christa Wichterich □